

Der Aufstand gegen den NFA

Einzelne Geberkantone starten Volksreferendum gegen den Finanzausgleich. Warum sie chancenlos sind.

Von Daniel Ballmer, Tages-Anzeiger, 30.06.2015

Pirmin Schwander ist enttäuscht. Aber aufgeben? Das ist für den Schwyzer SVP-Nationalrat kein Thema. Eisern hält er an seinen Plänen für ein Volksreferendum gegen den «faulen Kompromiss» beim Nationalen Finanzausgleich (NFA) fest. Mitte Monat hatte das Parlament beschlossen, die Geberkantone um jährlich 67 Millionen Franken zu entlasten. Diese aber sind damit nicht zufrieden. Sie fordern eine doppelt so grosse Entlastung – so wie es der Bundesrat vorgeschlagen hatte.

Widerstand wurde vor allem aus der Zentralschweiz angekündigt. Sie muss für die Nehmerkantone besonders tief in die Tasche greifen. Sobald der Parlamentsbeschluss heute im Bundesblatt veröffentlicht wird, will die SVP Schwyz das Volksreferendum starten. Die Gegner haben 100 Tage Zeit, um 50'000 Unterschriften zu sammeln. Doch: Der Widerstand beginnt zu bröckeln – selbst im Kanton Schwyz. «Im Vorfeld haben viele grosse Töne gespuckt», kritisiert Schwander. Nun aber sei absehbar, dass sich weder FDP noch CVP beteilige. «Wenn es um Knochenarbeit geht, machen die meisten einen Rückzieher.»

Präsident ist skeptisch

Tatsächlich: Er habe bereits eine Anfrage für das Referendumskomitee erhalten, sagt Stephan Meyerhans. Doch der Präsident der CVP Schwyz ist skeptisch: «Gegen die Mehrheit der Nehmerkantone haben wir keine Chance», begründet er. «Ein Volksreferendum wäre eine riesige Übung und könnte gar kontraproduktiv sein.» Werde es abgelehnt, könne der heutige NFA auf Jahre hinaus zementiert werden. Auch Andy Tschümperlin winkt ab. Der SP-

-Nationalrat stand im Parlament noch auf Schwanders Seite. Von einem Volksreferendum aber will er nichts wissen – es sei so--wieso chancenlos: «Zudem sind wir grundsätzlich ohnehin für eine Steuerharmonisierung unter den Kantonen.»

Die SVP Schwyz gibt sich unbeirrt. «Wir geben nicht auf», betont Nationalrat Schwander. «Dem Kanton Schwyz geht es ans Lebendige. Schon heute wird alles weggespart.» Die Kantonalpartei hat deshalb bereits an ihrer Generalversammlung im März beschlossen, neben dem in mehreren Kantonen geplanten Kantonsreferendum auch ein Volksreferendum zu ergreifen. «Wir sind daher vorbereitet», bekräftigt der Schwyzer SVP-Präsident Xaver Schuler.

Ein Referendumskomitee ist ge--gründet. Die Unterschriftenbögen liegen bereit. Alleine im Kanton Schwyz sollen 10?000 Unterschriften gesammelt werden. Das wird nicht einfach angesichts der bevorstehenden Sommer-ferien und des Wahlkampfs. «Dafür su--chen wir schon Spenden. Da wird die Finanzierung der Unterschriftensammlung nicht einfacher», sagt Schuler. Aber eben: Aufgeben ist kein Thema. «Wir Schwyzer rebellieren eben gerne.»

Schützenhilfe und Zurückhaltung

Auf Schützenhilfe zählen darf Schwyz etwa aus den Geberkantonen Zug und Nidwalden. Erst letzte Woche hat der Nidwaldner Kantonsrat für ein Kantonsreferendum gegen den NFA-Be-schluss gestimmt. «Wir werden si--cher auch Unterschriften für ein Volksreferendum sammeln und unseren Beitrag leisten», bekäftigt SVP-Nationalrat Pe--ter Keller. Auch die CVP habe ihre Teilnahme signalisiert. Da werde die FDP kaum zurückstehen. Helfen will auch die SVP Basel-Stadt. «Die SVP setzt sich für die Selbstverantwortung ein, das muss auch für die Kantone gelten», sagt Nationalrat und Parteipräsident Sebastian Frehner im Tages-Anzeiger.

Vertreter der neun Geberkanto--ne haben die Nase voll. Jahr für Jahr müssen sie mehr aufbringen. Alleine 2015 zahlen sie 1,56 Milliarden Franken an die 17 Nehmerkantone, weitere 2,27 Milliarden steuert der Bund bei. Immer wieder

haben sich die Geber gegen die-se Entwicklung ge--wehrt. Erfolglos. Immer und immer wieder wurden sie überstimmt. Für den Schwyzer Finanzdirektor Kaspar Michel hat das «den Charakter einer Geiselhaft».

Ihren letzten Ausweg sehen die Geber auch im Kanton Zug in einem Referendum. SVP-Nationalrat Thomas Aeschi zeigt sich voller Tatendrang. Und auch Gerhard Pfister will sich für das Volksreferendum engagieren. «Schliesslich hat ein Kantonsreferendum keine Chance», sagt der CVP-Nationalrat. Dafür ist die Unterstützung von acht Kantonen nötig. Und von den derzeit neun Gebern haben mit den Kantonen Waadt und Baselland bereits zwei abgesagt. Aber auch ein Volksreferendum werde es schwer haben, weiss Pfister. Denn auch dafür haben wichtige Kantone bereits abgewunken.

Skeptisch zeigt sich die SVP Zürich. Schwander: «Dabei bräuchten wir von dort 15?000 bis 25?000 Unterschriften.» Beim Zürcher SVP-Präsidenten und Nationalrat Alfred Heer hält sich die Begeisterung jedoch in engen Grenzen: «Ob ein Referendum geeignet ist, die Situation zu verbessern, ist fraglich.» Es sei offen, ob ein erfolgreiches Referendum zu einem besseren Verhandlungsergebnis führen würde, sagt Heer im Tages-Anzeiger.

Vorsichtig äussert sich auch Oskar Kämpfer. Dem Präsidenten der SVP Baselland ist sehr wohl be--wusst, dass der Kanton bereits 2016 von den Gebern zu den Nehmern wechseln dürfte. «Wir besprechen unser Vorgehen an der nächsten Parteileitungsversammlung», lässt Kämpfer vieles offen.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Wenig Hilfe ist neben den SVP-Sektionen aus den Nehmerkantonen auch von der SVP Schaffhausen zu erwarten. Nationalrat Thomas Hurter setzt nach wie vor lieber auf ein Kantons- statt ein Volksreferendum. «Dafür wird es zwar wahrscheinlich auch nicht reichen, aber wir könnten zumindest ein Zeichen setzen für künftige Verhandlungen zur Unternehmenssteuerreform III oder zum NFA», sagt Hurter. «Aber wenn wir uns auf das Kantonsreferendum konzentrieren, heisst das wohl, dass wir alles andere vergessen müssen.»

«Auch wenn eigentlich alles gegen uns läuft», Schwander bleibt kämpferisch. Die SVP Schwyz will möglichst rasch mit der Unterschriftensammlung starten und gleich einen grossen Effort hinlegen. «So können wir vielleicht wieder Bewegung in die Sache bringen», sagt Schwander. «Wenn andere Kantone sehen, dass es läuft, machen sie dann doch auch mit.» Noch hofft er weiterhin auf andere SVP-Kantonal-parteien. «Wir wollen nun das letzte demokratische Mittel nutzen», ergänzt Mitstreiter Schuler. «Wenn wir scheitern, akzeptieren wir das. Aber wir haben es dann zumindest versucht.» (Basler Zeitung)